

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Meerbusch

Per Mail an die Presse

Fraktion im Rat der Stadt Meerbusch

Uerdinger Str. 17
40668 Meerbusch
fraktion@gruene-meerbusch.de
www.gruene-meerbusch.de

Meerbusch, 11. Dezember 2025

**Betreff: Grüne kritisieren geplante Gebührenerhöhung und
intransparente Vorgehensweise – Grundsteuer-Hebesatz
„Unverschämt“**

Im Vorfeld der kommenden Ratssitzung äußert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen deutliche Kritik an den von der Verwaltung und dem Bürgermeister vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen. Neben der massiven Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer sieht die Fraktion auch die geplanten Anpassungen weiterer Gebühren als erhebliche zusätzliche Belastung.

„Diese Erhöhung trifft nicht nur Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern letztlich auch die Mieterinnen und Mieter – und zwar erheblich. Angesichts der ohnehin angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt ist ein solcher Schritt schlicht unzumutbar“, erklären die Fraktionsvorsitzenden Dr. Karen Schomberg und Joris Mocka.

Die Grünen bemängeln zudem die fehlende Transparenz des Verfahrens: Noch liegt kein Entwurf des Haushaltsplans vor, sodass mögliche Einspar- und Umsteuerungsmöglichkeiten nicht einmal ansatzweise geprüft werden können. „Wer Gebühren und Steuern erhöht, ohne überhaupt Alternativen offen zu legen, handelt politisch unverantwortlich. Ein Haushaltsentwurf ist die Grundlage jeder seriösen Entscheidung – nicht ein nachgereichter Gedanke“, so Schomberg und Mocka.

Auch die hohe Kreisumlage wird als erhebliches Problem benannt, das zwingend in die Gesamtbewertung einfließen müsse. Statt strukturelle Entlastungen zu schaffen, würden nun reflexartig Gebühren angehoben.

Die Fraktion weist darauf hin, dass die Vorschläge aus der Verwaltung und vom Bürgermeister kommen. „Gerade weil die angespannte finanzielle Lage der Stadt seit Langem bekannt ist, wäre eine frühzeitige und transparente Kommunikation zwingend notwendig gewesen. Dass diese grundlegenden Überlegungen erst jetzt öffentlich werden, wirft Fragen nach der politischen Steuerung und Prioritätensetzung im Bürgermeisteramt auf“, betonen Schomberg und Mocka.

Gleichzeitig kritisieren die Grünen, dass im Wahlkampf keinerlei Hinweise auf bevorstehende Gebührenerhöhungen gegeben wurden. „Die Bürgerinnen und Bürger hätten Anspruch auf eine klare und offene Darstellung gehabt. Dass dies unterblieben ist, sorgt für Irritation – gerade in einer Situation, in der weitreichende finanzielle Entscheidungen anstehen“, so die Fraktionsvorsitzenden weiter.

Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, die Gebührenerhöhungen in der Ratssitzung entschieden abzulehnen und fordern Transparenz, klare Prioritäten und eine ehrliche Debatte über Einsparmöglichkeiten – bevor Bürgerinnen und Bürger erneut zur Kasse gebeten werden.